

Kiel, 17.06.2004

Landtag aktuell

Es gilt das gesprochene Wort!
Sperrfrist: Redebeginn

TOP 23 – 6-Punkte-Programm zur Verbesserung der Ausbildungsfähigkeit und Berufsorientierung (CDU)

Helmut Jacobs:

Was die CDU fordert, wird bereits umgesetzt

In den letzten vier Jahren sind die Ausbildungsplätze auf Bundesebene um 12 % zurückgegangen. Appelle an die Wirtschaft, mehr Ausbildungsplätze bereitzustellen, sind bisher wirkungslos geblieben. Die Zahl der unversorgten Schulabgänger steigt – auch in Schleswig-Holstein – von Jahr zu Jahr. Jetzt gibt es den Ausbildungspakt – die Ausbildungsplatzumlage ist verschoben. In dem Pakt heißt es ausdrücklich: Der Unterricht an allgemeinbildenden Schulen muss die Vermittlung von Schlüsselkompetenzen wie Rechnen, Schreiben, Lesen sowie Ausbildungsfähigkeit und Berufsreife besser gewährleisten; dabei soll durchgängig im Unterricht der Bezug zur Arbeits- und Berufswelt gestärkt werden.

Wenn Sie Herr Oppositionsführer, in einer Presseerklärung diesen Pakt als Niederlage der Regierung geißeln, dann möchte ich erinnern: Es ist immer gesagt worden, freiwillige Lösungen haben Vorrang! Die Opposition hat in der Vergangenheit viele Male gefordert, keine Ausbildungsplatzabgabe oder -umlage zu erheben. Allerdings gab es bis auf die Forderung „weniger Geld für Lehrlinge“ keine Vorschläge zur Erhöhung der Ausbildungsbereitschaft. Obwohl unbestritten ist, dass Teile der Wirtschaft gar nicht ausbilden wollen, soll die angebliche Unterqualifikation der Lehrstellenbewerber für die Ausbildungsplatzmisere herhalten.

Als große Alternative zur Umlage präsentiert uns die CDU ein Programm zur Verbesserung der Ausbildungs- und Berufsfähigkeit. Und praktisch alle Forderungen darin sind längst entweder im Versuchsstadium oder bereits umgesetzt und gängige Praxis. Die fünf Forderungen zur Berufsberatung etwa werden schon längst umgesetzt, allerdings auf freiwilliger Basis.

In unserem Lande wurden auch als Antwort auf PISA zahlreiche Maßnahmen zur Qualitätssicherung der Schulen, insbesondere der Hauptschulen ergriffen. Einige davon möchte ich exemplarisch nennen:

Im Rahmen der offenen Ganztagschule werden so genannte „Führerscheine“ in Deutsch, Mathematik und Englisch in den Klassen 8 und 9 durch Honorarkräfte von Jugendhelferträgern durchgeführt.

Mehr Lehrerstellen und das Programm „Jede Stunde zählt“ führen zu mehr Unterricht. Mit der Einführung von abschließenden Leistungsnachweisen gibt es verlässlichere Informationen über die Fähigkeiten der Schüler und Schülerinnen.

In der Orientierungsstufe werden für schwache Schüler Lernpläne erstellt.

Die meisten Schulen entwickeln eigene Konzepte zur Verbesserung der Kenntnisse in den Kernfächern.

Lehrpläne werden mit allen Betroffenen abgestimmt.

An der Berufsschule kann der Hauptschulabschluss nachgemacht werden.

Als Maßnahmen zur Senkung der Abbrecherquoten und zur Berufsorientierung sind zu nennen:

Vermehrte Betriebspraktika und Werkstattwochen,
die meisten Schulen haben Verbindungslehrer für die Wirtschaft,
das Projekt EBISS (Erweiterte Berufsorientierung im System Schule) trägt dazu bei,
dass sich mehr Lehrkräfte in den Themen „Wirtschaft und Arbeitsleben“ qualifizieren,
Lehrer mit dem Fach Wirtschaft/Politik sind verpflichtet, im Arbeitsamt mindestens
zweiwöchige Praktika zu machen,
es gibt Berufswahltests durch das Arbeitsamt,

Vor- und Nachbereitung von Praktika sowie die Beurteilung der Praktikanten durch die begleitende Lehrkraft und durch die Unternehmen.

Dies und noch vieles mehr hat zur Stärkung der Hauptschule und ihrer Absolventen beigetragen. Deshalb bekräftigen wir unseren Appell an die Landesregierung, an die Schulen und an die Ausbilder, ihre Anstrengungen fortzusetzen und zu intensivieren.